



STOCKHOLM, 12 – 14 June 2022

## **EntschlieÙung der Konferenz**

### **auf der Grundlage der Konsensvereinbarung des Treffens des Redaktionsausschusses der BSPC am 12. Juni 2022**

angenommen von der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter

des Parlaments des Königreichs Dänemark  
des Parlaments der Republik Estland  
des Parlaments der Republik Finnland  
des Deutschen Bundestages  
des Parlaments von Island  
des Parlaments der Republik Lettland  
des Parlaments der Republik Litauen  
des Parlaments des Königreichs Norwegen  
des Parlaments der Republik Polen  
des Parlaments des Königreichs Schweden  
des Parlaments von Åland  
der Bremischen Bürgerschaft  
des Parlaments der Färöer  
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg  
des Grönländischen Parlaments  
des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern  
des Schleswig-Holsteinischen Landtags  
der Baltischen Versammlung  
des Europäischen Parlaments  
des Nordischen Rates,

die sich am 14. Juni 2022 in Stockholm versammelt haben,

- bekräftigen erneut auf das Schärfste ihre Verurteilung des vollkommen ungerechtfertigten, nicht provozierten und groß angelegten brutalen militärischen Angriffs und der Invasion der Russischen Föderation, die sich gegen die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine und das ukrainische Volk richten - wie in der Erklärung der Präsidenten und Delegationsleiterinnen und -leiter der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Ausdruck gebracht; verurteilen auf das schärfste die Beteiligung von Belarus an der russischen Aggression;
- erklären, dass der grausame und unmenschliche Aggressionskrieg gegen die Ukraine eine immer größer werdende Bedrohung für Frieden, Stabilität und

Demokratie in ganz Europa und der Welt ist, und heben hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine ihre Rechte und Freiheiten und die gemeinsamen Werte verteidigen, für die Europa steht;

- nehmen mit Schmerz zur Kenntnis, dass täglich unschuldige Menschen auf verabscheuungswürdige Weise getötet werden, viele Menschen verschleppt und andere gezwungen werden, aus Angst um das Leben ihrer Familienangehörigen, Freunde und anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus ihrer Heimat zu fliehen;
- erklären erneut, dass diese Angriffe einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die europäische Sicherheit darstellen; sie verletzen die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze und die Grundsätze des internationalen Rechts und des humanitären Völkerrechts;
- verurteilen entschieden jeglichen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte;
- unterstützen auch weiterhin die entschlossene und geschlossene Reaktion unserer Länder in Form der härtesten möglichen restriktiven Maßnahmen gegen die Russische Föderation und ihre Vertreter, darunter das Embargo auf fossile Brennstoffe, um weitere Eskalationen und Aggressionen zu verhindern;
- erwarten die unverzügliche Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zwecks Dokumentierung und Verifizierung von Fakten, Berichten und Erklärungen, sowie die dringende gerichtliche Verurteilung von Kriegsverbrechern und fordern die internationale Gemeinschaft auf, die schuldigen Parteien vor internationale Tribunale zu stellen;
- heben erneut hervor, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung des Völkerrechts, die Freiheit der Medien, eine starke Zivilgesellschaft und robuste nichtstaatliche Organisationen, Chancengleichheit für alle sowie ein friedliches und enges nachbarschaftliches Verhältnis die Grundlage der Zusammenarbeit und die Grundwerte der Ostseeparlamentarierkonferenz bilden;
- erklären, dass nur Parlamente von Staaten oder supranationale Parlamente, Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, parlamentarische Gremien und Organisationen, die die Garantie von Menschenrechten, Frieden und Demokratie als Grundwerte der Ostseeregion und Europas gewährleisten und dafür kämpfen, als Akteure in der Ostseeparlamentarierkonferenz und Partner der Ostseeparlamentarierkonferenz auftreten können;
- betrachten die Einhaltung der und das Eintreten für die anerkannten Völkerrechtsnormen als unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an und Zusammenarbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz und die Beteiligung an ihrer Arbeit;
- frieren die gesamte parlamentarische Zusammenarbeit mit den russischen Parlamenten und den russischen Beobachterinstitutionen im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz ein, solange diese Grundwerte und Ziele durch den nicht provozierten, widerrechtlichen und brutalen militärischen Angriff und die Aggression der Russischen Föderation gegen eine souveräne und demokratische Ukraine, die durch parlamentarische Beschlüsse in Bezug auf Donezk und Lugansk initiiert wurden, auf dramatische Weise verletzt werden;
- bestätigen den Ausschluss der russischen Parlamente und Beobachterorganisationen aus der Jahreskonferenz, den Treffen der Arbeitsgremien sowie den Verfahren, Aktivitäten und Projekten der Ostseeparlamentarierkonferenz und frieren sämtliche gemeinsamen Aktivitäten mit ihnen so lange ein, bis eine Zusammenarbeit nach den Grundsätzen des Völkerrechts wieder möglich ist;

- legen fest, dass Änderungen zu diesem Beschluss
  - \* einer sorgfältigen Prüfung von Seiten des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz im Hinblick auf die Frage, ob die Aussicht besteht, die Grundsätze des Völkerrechts und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu berücksichtigen,
  - \* einer Empfehlung des Ständigen Ausschusses gegenüber der Jahreskonferenz und
  - \* eines endgültigen Beschlusses der Jahreskonferenz bedürfen;
- bekräftigen unseren großen Wunsch und unsere Absicht, die wichtige und erfolgreiche Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz zugunsten der gesamten Ostseeregion fortzuführen;
- begrüßen sehr die Entscheidung Finnlands und Schwedens, die Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen;
- weisen noch einmal darauf hin, dass enge und intensive zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen – den Parlamenten, Regierungen und der Zivilgesellschaft – das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind;
- unterstreichen erneut, dass der Jugendaustausch und die Inklusion von Jugendlichen und jungen Menschen die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung dieser Grundlagen des Ostseeraums auch für zukünftige Generationen bildet;
- möchten das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und der Ostsee-Jugendplattform als regelmäßige, mit ihrer Jahreskonferenz verknüpfte Veranstaltung etablieren, um die Belange der jungen Generation in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz einzubeziehen;
- begrüßen die Resultate und unterstützen die Ziele des Ministertreffens des Ostseerates am 25. Mai 2022;

**fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,**

**im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region**

1. sämtliche Maßnahmen zu initiieren und zu verabschieden, die notwendig sind, um die Sicherheit unserer Völker und die Verteidigung unserer Werte und Demokratien sicherzustellen;
2. die Ukraine bei der Verteidigung ihres Volkes und der demokratischen Werte weiterhin im größtmöglichen Umfang mit allen Mitteln zu unterstützen;
3. alle Bemühungen - insbesondere in diesen Kriegszeiten - noch weiter zu intensivieren, um bei der Stärkung von Sicherheit, Frieden und regionaler Identität auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, friedlichen nachbarschaftlichen Verhältnissen und des Völkerrechts geschlossen zu agieren und zu reagieren;
4. angesichts der schwerwiegendsten Sicherheitskrise in der Region seit vielen Jahren eng, entschlossen und geschlossen zusammenzuarbeiten, um die Zusammenarbeit unserer demokratischen Nationen in der Ostseeregion zu stärken und

den durch Russlands Politik und Handlungen verursachten Bedrohungen für die europäische Resilienz- und Sicherheitsarchitektur entgegenzutreten;

5. bei allen derzeit erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die Energiepolitik unserer Länder die notwendigen Entscheidungen so zu treffen, dass alle Maßnahmen weiterhin darauf abzielen, den Schwerpunkt auf Energiesicherheit, Nachhaltigkeit bei ihrem klugen und inklusiven Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand der Umwelt in der Ostseeregion zu legen;
6. aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte gezielte und gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen und die Idee des "Rechts des Stärkeren" entsprechend den Bestimmungen des Völkerrechts zurückzuweisen;
7. die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur auch unter dem Aspekt der Förderung von Elementen einer gemeinsamen Identität durch gemeinsame Werte noch weiter auszubauen;
8. die Intensivierung des Jugendaustauschs und des Austauschs von jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders in den Vordergrund zu stellen mit dem Ziel, junge Menschen zu erreichen und dafür zu mobilisieren, die für sie besonders wichtigen Themen anzusprechen, insbesondere in diesen schwierigen Zeiten;
9. den nachhaltigen Tourismus auszubauen und klimafreundlicheres Reisen auf der Grundlage von Programmen, die diesen Trend fördern, zu ermöglichen;
10. als starkes Zeichen der Geschlossenheit in Kriegs- und Krisenzeiten in den nächsten Jahren die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen unserer Regierungschefs erneut zu erwägen;

### **im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit**

11. die diesbezüglichen, in der Entschließung der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz enthaltenen Handlungsaufforderungen und Forderungen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten weiterhin besonders energisch umzusetzen;
12. die von der russischen Regierung und weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren initiierten Desinformationskampagnen und ihrer Kriegspropaganda ausgehenden wachsenden Bedrohung für die demokratische Gemeinschaft konsequent und entschlossen zu bekämpfen;
13. die Bedeutung der Pressefreiheit für Demokratie und die demokratische Entwicklung anzuerkennen;
14. insbesondere jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Medien und die freie Berichterstattung zu bekämpfen und in den Ländern, in denen es Probleme gibt, gezielte Schutzmaßnahmen für die Arbeit der Medien zu initiieren und zu fördern, beispielsweise Aufklärung und Fortbildungsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten, um sichere Arbeitsbedingungen für die Medien zu gewährleisten;

15. verschiedene Möglichkeiten für die Förderung von Maßnahmen zum Demokratieförderung in Russland und anderen Ländern zu prüfen, beispielsweise durch die Unterstützung der im Exil befindlichen Zivilgesellschaft;
16. insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten die Maßnahmen zur Erhöhung des Vertrauens in demokratische Strukturen und Werte zu verstärken sowie Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit und robuste nichtstaatliche Organisationen als Eckpfeiler der Demokratien in der Ostseeregion zu fördern;
17. die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Menschen, Frauen, Kindern, alten Menschen und weiteren vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten;
18. die sexuelle und reproduktive Eigenständigkeit zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten;

### **im Hinblick auf die Abschwächung des Klimawandels, den Schutz der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel**

19. den aktualisierten Ostsee-Aktionsplan und die damit verbundenen Aktionsdokumente zu unterstützen, die durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem damaligen deutschen Vorsitz vereinbart wurden, und eine raschere und konsequentere Umsetzung der vereinbarten Ziele in allen Ländern der Ostseeregion als zuvor zu gewährleisten, um bis zum Ende des Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen; eine regelmäßige Überwachung der Umsetzung ist dabei für die Unterstützung des Prozesses entscheidend;
20. weitere Maßnahmen, die eine noch schnellere und umfassendere Reduktion von klimarelevanten Emissionen ermöglichen mit dem Ziel, die angestrebte Klimaneutralität schnellstmöglich zu erreichen, aus den politisch relevanten Vorschlägen für verschiedene Politikbereiche im *HELCOM 2021 Climate Change in the Baltic Sea Fact Sheet* abzuleiten und umzusetzen;
21. anzuerkennen, dass anthropogene Aktivitäten wie Landwirtschaft und Industrialisierung in den Einzugsgebieten der Ostsee im Laufe der vergangenen 150 Jahre zu einer beträchtlichen Zunahme der Einträge von Düngemitteln und Phosphor geführt haben, und herauszustellen, dass es sehr wichtig ist, die Maßnahmen zur Reduzierung der Einleitung von Düngemitteln und Phosphor in die Ostsee fortzusetzen und dabei die Tatsache im Blick zu behalten, dass eine erhöhte Wassertemperatur auch die Effekte der Überdüngung verstärkt;
22. alle Bemühungen zu verstärken und gleichzeitig in verschiedenen Bereichen eng zusammenzuarbeiten, um die Chance zu erhalten, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5° C über dem vorindustriellen Niveau zu halten, und zwar mithilfe des raschen und umfassenden Ausbaus von erneuerbaren Energien und deren Technologien, Emissionsreduktion, geringeren Energieverbrauch, mehr Energieeffizienz und zugleich durch die Stärkung und Erhöhung der Zahl der natürlichen Kohlenstoffsinken sowie die Erforschung und Entwicklung von innovativen und nachhaltigen Technologien;

23. insbesondere in den Ländern, die nach wie vor stärker von inländischen und importierten fossilen Energiequellen und Uranimporten abhängig sind, die Nutzung von erneuerbaren Null- und Niedrigemissionsenergien aus inländischen Quellen und langfristig die Nutzung von Energien voranzutreiben, die aus demokratischen und verlässlichen Partnerländern gemeinsam mit innovativen Wasserstoff-Anwendungen und Wasserstoff-Derivaten auf der Grundlage erneuerbarer Energien in Industrie und Handel sowie im Wärme- und Mobilitätssektor importiert werden, um eine eigene unabhängigere und resiliente Energiesicherheit und -souveränität zu erreichen und gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beizutragen;
24. mit den Ländern, die am stärksten von fossilen Brennstoffen und Uranimporten aus Russland abhängig sind, bei ihren Anstrengungen, auf verlässlichere und umweltfreundlichere Energiequellen umzusteigen, zusammenzuarbeiten;
25. die vielfach vorhandenen kostengünstigen und effizienten Technologien für die Erzeugung erneuerbarer Energie umfassend einzusetzen und noch intensivere Forschungsarbeiten sowie die Einführung und Nutzung von innovativen grünen Lösungen, insbesondere im Bereich der grünen Wasserstoff-Technologien, effektiv und deutlich auszubauen und schnellstmöglich Wasserstoffstrategien und Fahrpläne zu entwickeln, um die europäische Wasserstoffstrategie und den neuen Green Deal zu ergänzen und die Ostseeregion durch gemeinsame Anstrengungen und enge Zusammenarbeit im Bereich der grünen Energiewende in eine führende Position zu bringen;
26. im Hinblick auf Munitionsaltlasten auch in den aktuellen Kriegszeiten gemäß den Entschlüssen der 28., 29. und 30. Ostseeparlamentarierkonferenz sowie dem Zwischen- und Abschlussbericht des Berichterstatters der Ostseeparlamentarierkonferenz über Munitionsaltlasten in enger Zusammenarbeit mit HELCOM und dem Ostseerat die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit konsequent weiter zu verstärken und den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;
27. die Länder, die für Munitionsaltlasten in der Ostsee verantwortlich sind, aufzufordern, einen Bergungsfonds einzurichten und die Bergungsmaßnahmen anzuführen, die dazu beitragen würden, die Ostsee von Munitionsaltlasten zu befreien; wir begrüßen die Bemühungen des kommenden deutschen Ostseeratsvorsitzes, dieses Thema voranzubringen;
28. Methoden der ökologischen Agrarwirtschaft umzusetzen und aktiv aus der Nutzung von Pestiziden und Düngemitteln durch einheimische Landwirte auszuweichen sowie Mittel für Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit weniger gefährlichen Alternativen zuzuweisen und dafür zu sorgen, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;
29. die ländlichen Gebiete mit ihrem großen Potenzial in die Herstellung von erneuerbaren Energien sowie den Ausbau von Netzen und Lagerkapazitäten intensiv einzubeziehen und ihnen zu ermöglichen, umfassend am Erfolg teilzuhaben, nachhaltige Innovationen im Bereich der grünen Energien zu unterstützen, die die Nutzung nicht erneuerbarer Energiequellen zu reduzieren und Innovationen zu unterstützen, die das Leben in den Städten und auf dem Land nachhaltiger gestalten, und zu diesem Zweck grüne Verkehrslösungen zu verbessern und zu gewährleisten, dass die politischen Maßnahmen eng an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpft werden;

30. politische Maßnahmen und Regulierungen im Bereich Fischerei, Schifffahrt und in anderen Industriezweigen, die die Biodiversität in der Ostsee und das globale Klima gefährden, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren zu entwickeln und umzusetzen und an die Notwendigkeiten und Herausforderungen anzupassen, die sich aus dem IPCC-Bericht und den international verbindlichen Zielen des Pariser Abkommens ergeben;
31. den Aufbau von Anlagen aus recyceltem Material zu fördern, um Regulierungen hinsichtlich der Wiederverwendung von Baumaterialien zu entwickeln, Pläne für die Wiederverwendung von Material als Voraussetzung für Abrissgenehmigungen im Rahmen der Anstrengungen zur Entwicklung nachhaltiger Versorgungswege entlang der Ostsee zu etablieren und öffentliche Pfandsysteme für Plastikflaschen in der Ostseeregion einzuführen und darüber hinaus die Kettennutzung in allen möglichen Bereichen zu unterstützen;
32. Strategien zur Umsetzung einer neuen innovativen Lebensweise zu kommunizieren und zu entwickeln, die einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie intensiv über die Tatsache aufklären, dass jeder Mensch, der eine Veränderung für sich selbst wagt, eine große Veränderung für alle bewirkt;

**im Hinblick auf die demografischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine; Migration, Arbeitsmärkte und das soziale Wohlfahrtsmodell**

33. unter höchstmöglicher Wertschätzung für alle bislang getroffenen Entscheidungen und Handlungen zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine insbesondere in den am stärksten betroffenen Ländern mithilfe weiterer umfassender systemischer und finanzieller Maßnahmen und Politiken dafür zu sorgen, dass die damit zusammenhängenden demografischen strukturellen Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf Wohnraum, Bildung, Kinder- und Gesundheitsschutz, Arbeitsmärkte und Einstellungen gegenüber ankommenden Flüchtlingen optimal adressiert werden und eine optimale Unterstützung für diejenigen, die vorübergehend im jeweiligen Land bleiben, und die Inklusion für diejenigen, die dauerhaft im jeweiligen Land bleiben, garantiert wird.

**Darüber hinaus beschließt die Konferenz,**

34. das freundliche Angebot des Deutschen Bundestages zu begrüßen, die 32. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 27. bis 29. August 2023 in Berlin auszurichten.